

Materialien zur Entwicklungsfinanzierung

Ausgabe 3, 26. August 2022
 Autorinnen: Stefanie Peters, Susanne Hesselbarth
 Redaktion: Susanne Brösamle

Kommunalentwicklung: Übersicht über die Förderansätze der KfW Entwicklungsbank

Von Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern über Märkte, Wasserversorgung und Müllabfuhr bis zum Einwohnermeldeamt und Grundbuchamt – eine funktionsfähige Verwaltung stellt den Zugang zu zentralen Dienstleistungen für alle Bürger sicher und ist daher eine grundlegende Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit eines jeden Staates. Kommunen sind zentrale Träger und Regler für partizipative und nachhaltige lokale Entwicklung und wichtige Basis für regionale Wirtschaftsentwicklung. Die KfW unterstützt Kommunen bei der Bewältigung lokaler und globaler Herausforderungen und stärkt dabei Kapazitäten, effizientes Handeln, Nachhaltigkeit und Bürgerbeteiligung.

Kommunen sind zentrale Akteure, um aktuelle und zukünftige nationale und globale Herausforderungen auf lokaler Ebene zu adressieren. Gute Regierungsführung, Handlungsfähigkeit, Effizienz und Transparenz auf lokaler Ebene und die Beteiligung der Bürger tragen zu Frieden und gesellschaftlichem Zusammenhalt bei.

Die KfW unterstützt die Kommunen in ihrer Verantwortung und bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen, vor allem durch

- die Finanzierung kommunaler Infrastruktur und die Verbesserung lokaler öffentlicher Dienstleistungen,
- die Förderung von lokaler Klimaresilienz und Klimaeffizienz,

- die Stärkung der Gemeinden angesichts von Flüchtlingskrisen,
- bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Konfliktprävention sowie durch
- die Unterstützung von Digitalisierungsprozessen.

Wie die KfW Entwicklungsbank Kommunen ins Zentrum der Entwicklung stellt

Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Herausforderungen hat die KfW ihre Förderansätze zur Unterstützung von Kommunen in den letzten Jahren stetig weiterentwickelt. Auch die jüngsten Zusagen (2017 – 2021) liegen weit über denen früherer Jahre: Betragen die jährlichen Zusagen der Kommunalentwicklungsvorhaben im Zeitraum 2012 – 2016 im Mittel rd. 121 Mio. EUR

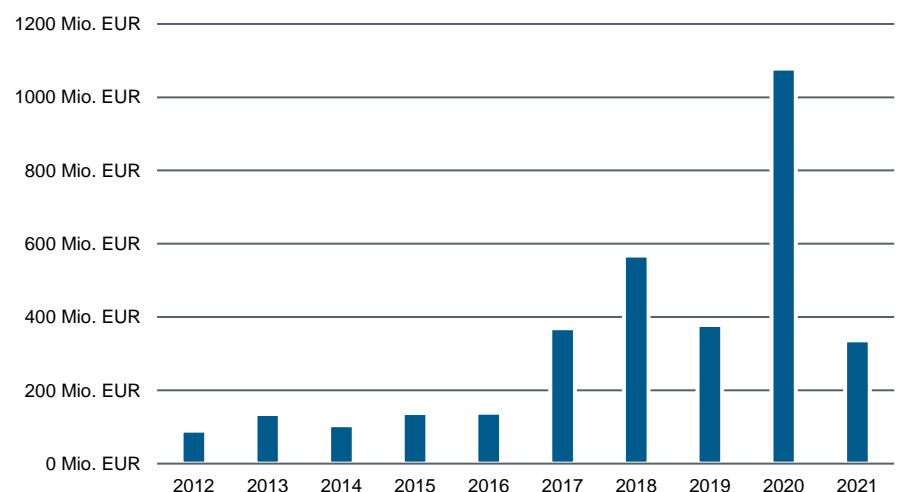
p.a., so ist der Mittelwert des Zeitraums 2017 – 2021 mit rd. 546 Mio. EUR fast fünfmal so hoch, wenn auch stark schwankend (siehe Grafik 1).

Mit Blick auf die Unterteilung nach individuellen Förderbereichen umfasst das aktuelle Kommunalentwicklungspotfolio der KfW Ende 2021 insgesamt rd. 210 Vorhaben mit einem Finanzierungsvolumen in Höhe von insgesamt mehr als 4,35 Mrd. EUR (sektorale Verteilung siehe Grafik 2).

Diese Vorhaben tragen unter anderem zu folgenden wichtigen Zielen bei¹:

- Minderung der Armut (> 91 %)
- Gleichberechtigung der Geschlechter (> 72 %)

Grafik 1: Zusagenentwicklung Kommunalentwicklungsvorhaben

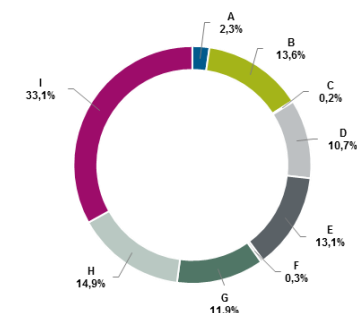


¹ Basis: Anzahl der Vorhaben

- Frieden und Sicherheit (> 52 %)
- Anpassung an den Klimawandel (> 18 %)
- Minderung des Klimawandels (rd. 7 %)
- Digitalisierung (rd. 6 %)

Grafik 2: Aktuelles Kommunalentwicklungsportfolio 31.12.2021

(Zusagevolumina nach Förderbereichen)



A = Demokratische Teilhabe und Zivilgesellschaft
 B = Dezentralisierung, Förd. Subnat., Gebietskörperschaften
 C = Reduzierung von Katastrophenrisiken
 D = Ländliche Entwicklung
 E = Management der öffentlichen Finanzen
 F = Mobilisierung von Eigeneinnahmen
 G = Politik und Verwaltung im öffentlichen Sektor
 H = Stadtentwicklung und -verwaltung
 I = Zivile Friedensentwicklung, Krisenprävention, Konfliktlösung

Die Wirkungen von Kommunalentwicklungsvorhaben können sehr vielfältig sein und reichen von einer direkten Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger (und aufgenommenen Flüchtlinge) vor Ort, dem Umwelt- und Klimaschutz, der Erschließung und nachhaltigeren Nutzung landwirtschaftlicher Produktionsflächen, der Stärkung der Bürgerbeteiligung bis hin zu State Building und politischer Stabilisierung. Am besten messbar sind die Wirkungen, welche aus der Nutzung erstellter bzw. rehabilitierter kommunaler Infrastruktur resultieren (siehe Box 1). Die eingangs genannten Förderansätze der KfW werden nachfolgend näher vorgestellt.

Kommunale Infrastruktur und lokale öffentliche Dienstleistungen

Die Qualität und Quantität öffentlicher Einrichtungen in den Kommunen ist ein wesentlicher Standortfaktor für Unternehmen und Bürger. In den Partnerländern sind die Menschen mit den Herausforderungen fehlender Infrastruktur, mangelnder Sicherheit, schlechter öffentlicher Dienstleistungen bis hin zu den Folgen des Klimawandels direkt konfrontiert, was sich negativ auf ihre

Lebensbedingungen auswirkt. Aus der Verantwortung der Kommunen für die Bereitstellung angemessener öffentlicher Dienstleistungen resultiert der zum Teil erhebliche Investitionsbedarf auf kommunaler Ebene (Schulen, Verwaltungs- und Gesundheitseinrichtungen, Wasserver- und Abfallentsorgung, Straßen, Märkte, öffentlicher Transport, Sicherheit etc.). Es geht aber nicht nur um die Bereitstellung der benötigten Infrastruktur, sondern vor allem auch um die Stärkung der lokalen Kapazitäten, damit alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen aktiv und maßgeblich in Entscheidungsprozesse eingebunden sind und repräsentative Entscheidungen, u.a. zur Priorisierung von Infrastrukturinvestitionen, getroffen und transparent sowie effizient umgesetzt werden.

Die KfW unterstützt Kommunen durch die Bereitstellung von Mitteln für kommunale Infrastrukturvorhaben in Verbindung mit der Stärkung dezentraler Verwaltungsorgane, partizipativer Prozesse und transparenter und effizienter Umsetzungsmodalitäten. Finanziert werden soziale und wirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen, die unter Bürgerbeteiligung ausgewählt werden, sei es vorab über partizipative Entwicklungsplanung oder durch gewählte oder ernannte Vertreter im Kommunalrat. Bei der Finanzierung wirtschaftlicher Infrastruktur wird eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die lokale wirtschaftliche Entwicklung angestrebt, so etwa bei Märkten oder der Schaffung von Transportkapazitäten, die die lokale Mobilität, Wertschöpfung und den lokalen Handel erleichtern.

Bei der Realisierung der priorisierten Infrastrukturvorhaben spielt die Stärkung der Eigenverantwortung der Partner und der erforderlichen Kapazitäten eine wichtige Rolle. Die kommunalen Behörden sind – je nach Leistungsfähigkeit mehr oder weniger eigenständig – für die Planung, Umsetzung und den späteren Betrieb der Investitionen zuständig und werden im Hinblick auf die Anwendung transparenter und effizienter Verfahren unterstützt.



Ruanda: Unter Hallendächern in offener Ständerbauweise können Märkte und andere Veranstaltungen organisiert werden. Quelle: KfW / Rendel Freude

Der Schwerpunkt des entsprechenden KfW-Portfolios liegt in Subsahara-Afrika und stärkt auf der lokalen Ebene die Kommunen, an die im Rahmen der Dezentralisierungsprozesse hoheitliche Aufgaben delegiert wurden. Eingebunden sind

Beispielhafte Wirkungen kommunaler Infrastrukturmaßnahmen der FZ

- Neu erschlossene Bewässerungsflächen: ca. 10.000 ha
- Fläche geschützter oder nachhaltig bewirtschafteter natürlicher terrestrischer Ökosysteme: ca. 14.000 ha
- Menschen, die von Maßnahmen des terrestrischen Ressourcenschutzes profitieren: 270.000
- Menschen, die erstmals oder verbesserten Zugang zu moderner Energieversorgung erhalten: ca. 2 Millionen
- Menschen mit einem neuen oder verbesserten Zugang zu Trinkwasser: ca. 3,7 Millionen
- Menschen, deren Resilienz gegen die Folgen von Starkregen und Überflutung verbessert wurden: ca. 100.000
- Verbesserte Transportanbindung: Bau bzw. Rehabilitierung von ca. 1.000 km ländlicher Pisten und Straßen
- Verbesserte Gesundheitsdienstleistungen für ca. 2,5 Mio. Menschen
- Verbesserte Bildungsdienstleistungen (Primar und Sekundarschulen) für über 140.000 Kinder
- Allein über Neuzusagen 2020/2021 mehr als 1,4 Mio. Flüchtlinge, Binnenvertriebene, Rückkehrer*innen und Bewohner*innen aufnehmender Gemeinden erreicht

(Basis: laufendes Portfolio per 31.12.2021 ohne Vorhaben in Abschlusskontrolle oder Ex Post Evaluierung)

aber auch die nationalen Institutionen, die mit den Kommunen zusammenarbeiten, beispielsweise über Kommunalentwicklungsfonds, regionale Entwicklungsagenturen oder nationale Transfermechanismen, die die Kommunen in ihrer Aufgabenerfüllung durch die Bereitstellung von Finanzmitteln oder Beratungsangeboten unterstützen.

Projektbeispiel: Kommunalentwicklungsprogramm MDLF in den Palästinensischen Gebieten

Über den semi-staatlichen Kommunalen Entwicklungs- und Kreditfonds (Municipal Development and Lending Fund, MDLF) werden die institutionellen Kapazitäten der Kommunen (Munizipien) im Westjordanland und im Gazastreifen für eine nachhaltigere Dienstleistungserbringung mit verbesserter Rechenschaftslegung gestärkt. Die FZ-Maßnahme umfasst anreizbasierte Zuschüsse für kommunale Investitionen und den Aufbau von Kapazitäten. Über den MDLF erhalten die Kommunen Zuweisungen für Investitionen, die in einem partizipativen Planungsprozess in sogenannten "Strategy Development and Investment Plans (SDIP)" priorisiert wurden. Die Berechnung der Zuweisungen pro Kommune erfolgte zu 30 % anhand der Einwohnerzahl, zu 20 % bedarfsorientiert und zu 50 % nach der Governance-Performance, gemessen zu Beginn des Projektzyklus anhand von 21 Leistungskriterien. Die realisierten Maßnahmen umfassen v.a. Straßenbau, aber auch öffentliche Gebäude, Bürgerzentren, Abfallmanagement, Wasser und Abwasser, Solarenergie und kommunale Lagerhäuser. Begleitend zu den Investitionen werden Maßnahmen zum Aufbau der kommunalen Kapazitäten finanziert.



Straßenrehabilitation und Beleuchtung am Städteingang von Janata. Quelle: KfW / Hannah Linnemann

Kommunen im Klimawandel – Klimaschutz und Klimaanpassung als neue Herausforderung

Kommunen und Städte sind wichtige Akteure für Klimaresilienz und Klimaeffizienz. Sie können einen

Beitrag zum Klimaschutz leisten und müssen sich auf die Folgen des Klimawandels einstellen. Größere Kommunen und Städte verzeichnen bei klimabedingten Wetterereignissen und Naturkatastrophen aufgrund der Bevölkerungsdichte und entsprechender Infrastruktur besonders hohe wirtschaftliche Schäden und menschliche Verluste. Auswirkungen des Klimawandels verstärken und beschleunigen bestehende Probleme und Mängel bei öffentlichen Dienstleistungen. Vor allem Bewohner informeller Siedlungen sind davon betroffen, da sich diese aufgrund mangelnder Alternativen oft in Gebieten befinden, die durch den Klimawandel besonders bedroht sind.

Gleichzeitig tragen Kommunen und Städte aber durch die Konzentration an Gebäuden, Industrie und Verkehr auch wesentlich zu den Treibhausgasemissionen bei. Unzureichendes Abfallmanagement und ungeklärte Abwässer verschmutzen die Umwelt in erheblichem Umfang. Hinzu kommen hohe lokale Luftverschmutzung und Feinstaubbelastung durch inadäquates Verkehrsmanagement. Das fortschreitende Wachstum wird den Energieverbrauch und die Emissionen in Zukunft weiter erhöhen, es bietet aber auch Möglichkeiten, Energie effizienter zu nutzen und den Ausstoß an Treibhausgasen zu minimieren.

Durch Investitionen in ein klimafreundliches und nachhaltiges Abfallmanagement, in klimafreundliche Mobilität und öffentlichen Nahverkehr sowie die verbesserte Gebäudeenergieeffizienz öffentlicher Infrastruktur unterstützt die KfW die Kommunen, ihre Klimaschutzpotenziale in Wert zu setzen und ihren ökologischen Fußabdruck zu verringern.



Stadtverkehr in Bangladesch. Quelle: KfW / photothek.net

Viele Kommunen sind nicht in der Lage, die Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den

Projektbeispiel: Stadtentwicklung und Klimaanpassung Mosambik

Die 500.000-Einwohner-Stadt Beira in Mosambik ist besonders von den Folgen des Klimawandels betroffen. Starke Regenfälle, oft in Kombination mit Stürmen wie 2019, führen zu extremen Überschwemmungen; anschließend fließt das Wasser schlecht ab. Große Teile der Innenstadt liegen nur knapp über dem Meeresspiegel. Die vorwiegend informellen Siedlungen sind geprägt von hoher Bevölkerungsdichte, mangelhafter Infrastruktur und einer hohen Armutsrate, was sie besonders anfällig gegen extreme Wetterereignisse macht. Die Stadt ist nicht auf die Klimarisiken vorbereitet; Überschwemmungen stellen eine ständige Bedrohung für die Bevölkerung dar, die sich in der Regel nicht ausreichend dagegen schützen kann. Dies führt nicht nur zu materiellen Verlusten, sondern auch zu erhöhten Gesundheitsrisiken. Durch den Klimawandel werden solche Phänomene künftig in Beira noch häufiger auftreten.

Im Auftrag der Bundesregierung leistet die KfW einen Betrag dazu, die Klimaresilienz in Beira zu erhöhen und zugleich Armut zu bekämpfen. Dazu finanziert die KfW den Bau eines Gezeitenbauwerkes und die Rehabilitierung des Flusslaufes des Chiveve sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur im Fischereihafen. Damit werden Arbeitsplätze und Einkommen gesichert. Zum nachhaltigen Betrieb wird die städtische Behörde in Betrieb und Wartung geschult.

Klimawandel aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren. Vielmehr werden der erforderliche Investitionsbedarf und die zeitliche Langfristperspektive zusätzliche Finanzierungsalternativen nötig machen. Die KfW Entwicklungsbank unterstützt Kommunen und Städte dabei, ihren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Klimarisiken zu verbessern.

Finanziert werden beispielsweise Investitionen in verbessertes Regenwassermanagement, Überflutungsvorsorge, Uferbefestigung sowie in graue und grüne Infrastruktur zum Schutz vor Erdbeben. Wesentliche Verbesserungen in der Lebensqualität können durch Investitionen in klimaresiliente Infrastruktur wie Allwetterstrassen und Brücken erzielt werden, die auch in

Starkregenzeiten oder in Überschwemmungszonen den Zugang zu Grundversorgungseinrichtungen wie Schulen, Krankenstationen und Märkten sicherstellen.

Ergänzt werden die Investitionen durch die Schulung der kommunalen Behörden für den nachhaltigen Betrieb der Infrastruktur, den Aufbau von Frühwarnsystemen in Risikozonen und durch die Entwicklung von klimaangepassten Flächennutzungsplänen. Dadurch werden die Lebensbedingungen der Menschen in besonders gefährdeten Gebieten verbessert, ihre Einkommensmöglichkeiten gesichert und die Siedlungsentwicklung unter Berücksichtigung des Klimawandels gestaltet.

Flüchtlingskrise, Bevölkerungsdynamik und Migrationsdruck – Komplexe Herausforderungen für die aufnehmenden Gemeinden

Angesichts der wachsenden Bevölkerung, des anhaltenden Trends der Urbanisierung und in vielen Regionen auch wachsender Flüchtlingsströme stehen viele Kommunen vor extremen Herausforderungen. Allein in Afrika wird sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2050 verdoppeln; nur ein kleiner Teil wird im ländlichen Raum bleiben, die Mehrheit wird in die kleineren und grösseren Städte drängen. In vielen Ländern werden die Herausforderungen für die Kommunen durch die Flüchtlingskrise noch verstärkt. Weltweit sind derzeit ca. 85 Mio. Menschen auf der Flucht, wobei die meisten von ihnen in der Nähe ihrer Heimatregion bleiben. Entwicklungsländer beherbergen 85 % der internationalen Flüchtlinge; rund zwei Drittel der Menschen auf der Flucht sind Binnenvertriebene innerhalb ihres Heimatlandes. Die aufnehmenden Gemeinden stehen vor der Herausforderung, mit der bereits stark belasteten und unzureichenden Versorgungsinfrastruktur zusätzlich noch die Migranten und die Flüchtlinge zu versorgen. Die unmittelbaren Folgen sind überlastete Wasser-, Sanitär- und Energieversorgungssysteme, überfüllte Schulen und Gesundheitsstationen sowie knapper Wohnraum und steigende Mieten. Um die Akzeptanz in den Gemeinden zu sichern und Konflikte zwischen der lokalen

Bevölkerung und den Flüchtlingen zu verhindern, müssen die Kapazitäten der lokalen Versorgungsinfrastruktur schnell auf das erforderliche Maß erweitert werden.

Projektbeispiel: Stärkung der sozialen Infrastruktur in von der Flüchtlingskrise belasteten Gemeinden II

Viele Gemeinden in Serbien stehen vor der Herausforderung, mit der unzureichenden sozialen Infrastruktur neben der lokalen Bevölkerung auch Transitmigranten angemessen zu versorgen. Besonders schwierig ist die Versorgungssituation für Angehörige vulnerabler Gruppen, die potenzielle Migranten darstellen und denen eine bessere Bleibeperspektive eröffnet werden soll. Zu den vulnerablen Gruppen gehören Minderheiten wie etwa Roma oder Albaner, sozial Schwache sowie Rückkehrer. Durch das Vorhaben „Stärkung der sozialen Infrastruktur in von der Flüchtlingskrise belasteten Gemeinden“ werden Einrichtungen der sozialen Infrastruktur in strukturschwachen bzw. von Migrationsbewegungen betroffenen Gemeinden rehabilitiert, erweitert oder neu errichtet. Ziel der FZ-Maßnahme ist es, soziale Infrastrukturleistungen für die lokale Bevölkerung, darunter vulnerable Gruppen und Minderheiten wie Roma, Albaner und Rückkehrer, zu verbessern. Sofern relevant, soll auch der Zugang zu sozialen Infrastrukturleistungen für Transitmigranten in den Programmgemeinden verbessert werden. Dadurch soll der Auswanderungsdruck der lokalen Bevölkerung verringert und das Konfliktpotenzial zwischen Migranten und lokaler Bevölkerung reduziert werden. Maßnahmen können u.a. beinhalten: Bau, Sanierung und Instandhaltung von Kindergärten, Schulen, Jugendbildungszentren, Gesundheitseinrichtungen, öffentlichen Plätzen und Parks, die Beschaffung von Abfallsammelfahrzeugen und medizinischem Gerät sowie Investitionen in öffentliche Verkehrsmittel und sozialen Wohnungsbau. Mit Hilfe von Sozialarbeitern/ Mentoren werden Inklusion und Zugang vulnerabler Gruppen (insbesondere Roma) zu den mit der Investition verbundenen öffentlichen Leistungen in Serbien weiter verbessert werden.

Die KfW finanziert daher soziale und wirtschaftliche Infrastrukturmaßnahmen in Gemeinden. Dabei wird mit den zuständigen kommunalen Behörden zusammengearbeitet, um diese in die Lage zu versetzen, die

aufgebaute Versorgungsinfrastruktur auch selbst dauerhaft zu betreiben.

Neben der Finanzierung der Versorgungsinfrastruktur (Schulen, Gesundheitsstationen, ländliche Wege, Brücken, Märkte, Wasserversorgungseinrichtungen, landwirtschaftliche Bewässerungsanlagen) werden auch Ausbildungsmaßnahmen finanziert, mit denen die Qualitätsstandards der angebotenen Dienstleistungen verbessert werden. Mit der beschäftigungsintensiven Umsetzung der Projekte und der vorrangigen Einstellung von Arbeitskräften vor Ort kann zudem ein Beitrag zur Einkommensschaffung und zur Integration geleistet werden. Weiterhin werden Maßnahmen für die Ausbildung der Binnenflüchtlinge gefördert und Zuschüsse zur Existenzgründung sowie potenziell auch günstige Darlehen für den Erwerb einer bescheidenen Wohnung finanziert.



Jordanien: Unterrichtsstunde in einem Flüchtlingslager.
Quelle: KfW / Rüdiger Nehmzow

Konfliktprävention und informelle Siedlungsgebiete - Miteinander für Entwicklung und Sicherheit und gegen Gewalt auf der lokalen Ebene

Informelle Siedlungsgebiete sind häufig Orte, in denen Bewohner und Besucher besonderen Gefahren und Sicherheitsrisiken ausgesetzt sind. Gerade in armen Stadtteilen fördern Arbeits- und Perspektivlosigkeit, steigende Bevölkerungsdichte und schwache staatliche Strukturen die Gewaltbereitschaft. Die fehlende Sicherheit hinsichtlich der Legalität der Wohnsituation, die schlechten Lebensbedingungen in provisorischen Unterkünften, unzureichender bzw. fehlender Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verschärfen die Problematik zusätzlich.

Kommunen sind gefordert, informelle Siedlungsgebiete zu erschließen und eine sichere Basis für dringend benötigten Wohnraum zu schaffen. Die Legalisierung der Nutzung der Flächen für die Besiedlung, der Anschluss an das Straßennetz sowie die kommunalen

Versorgungsleistungen und Infrastrukturen sind wichtige Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebenssituation überwiegend armer Bevölkerungsgruppen. Zudem sind auch die Schaffung von Beratungs- und Ausbildungsangeboten und die Stärkung des Selbsthilfepotenzials wichtige Ansatzpunkte im Hinblick auf die soziale Kohäsion und Gewaltprävention.

Projektbeispiel: Konfliktprävention – Südafrika

Wellblechhütten ohne Strom und Wasser, verdreckte Toiletten, Jugendliche ohne Bildung, Arbeit und Hoffnung:

Khayelitsha, das Armenviertel vor den Toren Kapstadts, ist geprägt von Gewalt und Perspektivlosigkeit. Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Apartheid sind dort deutlich zu spüren. Das ehemalige Township für die schwarze Bevölkerung wurde lange vernachlässigt, Kriminalität ist dort weit verbreitet.

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt die Stadtverwaltung Kapstadts im Auftrag der Bundesregierung mit Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotes an qualitativen sozialen Dienstleistungen und öffentlichen Räumen sowie zur Stärkung der Selbsthilfepotenziale. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Gewaltprävention im familiären Bereich und zu höherer Sicherheit im öffentlichen Bereich geleistet. Die drei Hauptstützen des Projekts sind (i) situationsadäquate Verbrechensprävention (ausgehend von der Idee, dass positive Veränderungen des realen Umfelds langfristig zu mehr Sicherheit führen) durch die Schaffung neuer Einrichtungen und sogenannter „Active Boxes“ (präventive Besetzung als gefährlich wahrgenommener Räume durch Einwohner der Nachbarschaft), (ii) soziale Verbrechensprävention durch Verhinderung sexueller Gewalt, Rechtsberatung, Patrouillen, eine Bücherei und Schulen und (iii) institutionelle Verbrechensprävention durch Projektnachbildung, Kompetenzentwicklung, lokale wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheitsgrundsätze.

Mit der Verbesserung des öffentlichen Raums und der Wohnsituation ebenso wie der Stärkung kommunaler Dienstleistungen leistet die KfW einen Beitrag zur Gewaltprävention in öffentlichen Einrichtungen, im städtischen Umfeld und im familiären Bereich. Finanziert werden Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, Energieversorgung sowie

Trinkwasser- und Abwassersysteme, in kommunale Einrichtungen wie Schulen, Gemeindezentren, Sport- und Freizeiteinrichtungen und die Bereitstellung sicherheitsrelevanter Infrastruktur im öffentlichen bzw. halböffentlichen Raum. Komplementär dazu werden Beratungs- und Betreuungsangebote eingerichtet, von den Bewohnern initiierte Kleinstmaßnahmen finanziert und Förderangebote für Jugendliche im Bereich Arbeitsmarkt und Social Skills sowie entsprechende Infrastrukturmaßnahmen unterstützt. Durch die projektbegleitende Stärkung von lokalen Organisationen, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden die Selbsthilfepotenziale und soziale Kohäsion stärken, wird ein weiterer Beitrag zur Schaffung von Perspektiven und zur Konfliktprävention geleistet.

Smart Cities– Förderung von Digitalisierung auf lokaler Ebene

Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) bietet große Chancen zur Erhöhung der staatlichen Leistungsfähigkeit, Effizienz und Transparenz sowie zur stärkeren Bürgerbeteiligung. Dies gilt insbesondere auch für die kommunalen Ebenen, die durch den Einsatz neuer Technologien und die Digitalisierung ihrer Verwaltung handlungsfähiger werden und ihre Leistungen bedarfsorientierter und transparenter bereitstellen können. Ebenso wichtig ist es, dass sich die Kommunen besser mit den anderen Regierungs- und Verwaltungsebenen im Staat vernetzen können, sei es für die Kommunalfinanzierung in einem integrierten System öffentlicher Finanzen, sei es für das Einwohnermeldewesen oder die Steuerverwaltung. Die fehlende Vernetzung zwischen den Ministerien und dezentralen Verwaltungsstellen führt dazu, dass bereits vorhandene IT-Anwendungen im Bereich des öffentlichen Finanzwesens, z.B. für die Budgetplanung oder das Vergabewesen, nur eingeschränkt genutzt werden. Der Austausch von Daten erfolgt häufig in Papierform oder über externe Datenträger, was fehleranfällig ist und erhebliche Verzögerungen bei der Vorgangsbearbeitung zur Folge hat.

Voraussetzung für "E-Governance" ist der Ausbau von Breitbandnetzen zwischen verschiedenen Einrichtungen. Außerdem braucht es spezielle

Software und Datensysteme, mit deren Hilfe die Arbeit von Behörden transparenter, effizienter und bedarfsorientierter gestaltet werden kann. Dann lässt sich auch Missbrauch leichter aufspüren, zum Beispiel in der Steuer- und Finanzverwaltung. Besonders in strukturschwachen Gegenden ermöglicht die Digitalisierung bestimmte Dienstleistungen, die sonst schwierig bereitzustellen wären, etwa durch ein digitales Meldewesen („E-Identität“). Zudem kann sie dabei helfen, Staat und Gesellschaft besser miteinander zu vernetzen und die Teilnahme an politischen Entscheidungen („E-Partizipation“) erleichtern, zum Beispiel durch Feedbacksysteme für Bürger via SMS oder E-Mail. Dank der steigenden Verfügbarkeit von digitalen Lösungen eröffnen sich neue Wege für eine bessere Regierungsführung auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig entstehen dabei aber auch neue Herausforderungen, etwa durch Fragen rund um die Datensicherheit, denen es zu begegnen gilt.

Die KfW Entwicklungsbank unterstützt Partnerländer durch die Finanzierung von Breitbandvernetzung öffentlicher Institutionen sowie durch die Entwicklung, Einführung und Modernisierung von IT-Lösungen. Damit können transparente, effiziente und demokratische Regierungssysteme gefördert und Menschenrechte besser geschützt werden. Unterstützt werden die Digitalisierungsprozesse, indem die KfW u.a. den Aufbau digitaler Kompetenzen, die Etablierung von Webplattformen, Managementinformationssysteme, Geo-Informationssysteme (GIS) und Datenbanken, die Entwicklung und Einführung digitaler Anwendungen und Blockchain-basierter Umsetzungsprozesse („TruBudget“), digitale Lernsoftware/E-Learning sowie die dafür erforderliche IT-Ausstattung und Telekommunikations-Infrastruktur finanziert.



Malawi: Der Einsatz digitaler Technologien erleichtert kommunale Dienstleistungen wie hier in einem Programm zur Unterstützung sozial Benachteiligter. Quelle: KfW / Jonas Wresch

Unterschiedliche Situationen – Unterschiedliche Förderansätze

In allen genannten Themenfeldern kann die KfW unterschiedliche Förderinstrumente und Durchführungsmodalitäten einsetzen. Die jeweiligen Förderschwerpunkte, aber auch die Rahmenbedingungen im Land entscheiden über den geeigneten Ansatz, mit dem nachhaltige Wirkungen im Sinne guter Regierungsführung erzielt werden können.

Der **Projektansatz** wird meist für komplexere Infrastrukturvorhaben, aber auch unter schwierigen Rahmenbedingungen und bei vergleichsweise schwachen Partnerstrukturen gewählt. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um den Bau einer Verwaltungsschule oder auch um ein größeres Paket von Infrastrukturinvestitionen, etwa zur Stärkung der Klimaresilienz, in einer Kommune oder in wenigen ausgewählten Gemeinden. Die KfW Entwicklungsbank begleitet jeden einzelnen Schritt von der Projektkonzeption über die Implementierung bis hin zum Betrieb sehr intensiv, um auch unter schwierigen Bedingungen eine ordnungsgemäße Mittelverwendung sicherzustellen.

Flächendeckende Programmansätze mit vielen kleineren Investitionsmaßnahmen werden häufig als **offene Programme** oder **kommunale Entwicklungsfonds** umgesetzt bzw. finanziert. Dabei entscheiden die Bürgerinnen und Bürger in der Regel mittelbar (d.h. über gewählte oder ernannte Vertreter), ob die Mittel prioritär bei der Grundschulbildung, bei Gesundheitszentren oder bei wirtschaftlichen Infrastrukturmaßnahmen eingesetzt werden sollen. Gut etablierte Kommunalentwicklungsfonds werden häufig von verschiedenen Gebern unterstützt und bieten dann den Vorteil harmonisierter Verfahren und größerer Breitenwirksamkeit.

Leistungsfähige Partner in Ländern mit stabileren Rahmenbedingungen können flächendeckende Programme oft weitgehend selbstständig umsetzen. Voraussetzung ist die Anwendung transparenter und effizienter Verfahren, vor allem bei der Vergabe, aber auch bei der technischen Planung und Umsetzung unter Berücksichtigung der Sozial- und Umweltverträglichkeit und der Nachhaltigkeit der Infrastrukturvorhaben.

Projektbeispiel: PBF Reformprogramm des kommunalen Managements I und II in Peru

Nach dem Hyperzentralismus unter der Fujimori-Autokratie (1990-2000) hat Peru einen erfolgreichen Demokratisierungsprozess durchlaufen. Umfangreiche Reformen zur Dezentralisierung und Modernisierung des Staatsaufbaus und der öffentlichen Verwaltung wurden durchgeführt, um das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen insbesondere auf subnationaler Ebene zu verbessern. Das FZ-Vorhaben unterstützt die Modernisierungsanstrengungen der peruanischen Regierung, die institutionell sehr labilen lokalen Gebietskörperschaften durch Politikreformen zu stärken. Mit Blick auf Dezentralisierung, soziale Kohäsion und Bürgerbeteiligung wird die Effizienz der Kommunalverwaltungen verbessert. Im Hinblick auf die öffentlichen Finanzen und Rechenschaft wird das kommunale Finanzmanagement durch verbesserte Einnahmenstruktur und Transparenz, Rechenschaftspflicht und Kontrolle gefördert. Durch die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen auf subnationaler Ebene sowie durch die Verbesserung der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes werden die subnationalen Regierungen finanziell und administrativ gestärkt.

Abhängig von der Leistungsfähigkeit der Kommunen und der Kommunalaufsicht übernehmen die Kommunalentwicklungsfonds neben der Bereitstellung von Finanzierungsmitteln auch Aufgaben im Rahmen der Umsetzung der einzelnen Infrastrukturmaßnahmen, die ihnen von den Kommunen als Bauherren delegiert werden, oder begleiten und beraten die Kommunen in dem Prozess.

In fortgeschrittenen Ländern mit hohem Reformwillen und leistungsfähigen Institutionen kommen auch sogenannte **politikbasierte Finanzierungen (PBF)** zum Einsatz. PBF setzen auf der Ebene der Rahmenbedingungen an und unterstützen die Entwicklung von Politikreformen (z.B. im Bereich der Dezentralisierung, der Kommunalfinanzierung und administrativen Stärkung von Kommunen). Sie beinhalten in der Regel ein Paket aus hochrangigem Politikdialog, fachlicher Unterstützung bei der Konzeption und Umsetzung der Reformen und großvolumiger Finanzierung zur Unterstützung der Implementierung. Je nach

Entwicklungsstand und Leistungsfähigkeit des Partnerlandes kommen bei politikbasierten Finanzierungen Zuschüsse oder konzessionäre Darlehen zum Einsatz. Da die Finanzierungsmittel nach Implementierung der vereinbarten Reformschritte in den staatlichen Haushalt eingebracht werden, ist ein ausreichend funktionsfähiges System öffentlicher Finanzen Voraussetzung für den Einsatz dieses Instruments.

Fazit: Für unterschiedlichste Bedarfe das passende Förderangebot

Kommunen sind wichtige Akteure für eine friedliche und nachhaltige Entwicklung und leisten einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs). Mit der Förderung von Kommunen und deren Unterstützung bei der effizienten und nachhaltigen Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen können entscheidende Impulse für die Verbesserung der Lebensbedingungen und der ökonomischen, sozialen und politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung gesetzt werden. Ohne den Beitrag der kommunalen Ebene können die Herausforderungen durch den Klimawandel sowie die Flüchtlingskrisen nicht bewältigt werden.

Die KfW Entwicklungsbank trägt mit ihren Vorhaben zur Förderung verantwortungsvoller Regierungsführung auf der lokalen Ebene bei und stärkt die Kommunen in ihrem Beitrag zur Bewältigung lokaler, regionaler und globaler Herausforderungen. Sie kann dabei auf ein breites Spektrum von Förderinstrumenten zurückgreifen, die für unterschiedliche Ausgangssituationen und Umfeldbedingungen jeweils bedarfsgerechte und effiziente Lösungen ermöglichen.

Herausgeber / Urheber KfW Bankengruppe

Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank
Palmengartenstraße 5–9
60325 Frankfurt am Main

Stefanie.Peters@kfw.de
www.kfw-entwicklungsbank.de

Änderungen vorbehalten
Frankfurt am Main,
Stand: 26. August 2022